

Joachim H. Spangenberg:

Ökologische Industriepolitik und sozial-ökologische Reformpolitik

Abschlussbericht

Auf einen Blick...

- Die zwei zentralen Stärken des Konzepts stellen zugleich seine größten Schwächen dar:
 - Zum einen die Fixierung auf die Exportwirtschaft (und damit auf die Fortsetzung der riskanten und die Währungsunion gefährdenden Wirtschaftsstrategie), einschließlich der Vernachlässigung sozialer (Arbeitsplätze) wie ökologischer Ziele in Deutschland.
 - Zum zweiten die weit gefassten Adressaten, für die Forderungen aufgestellt, aber keine konkreten Handlungsziele und Umsetzungsstrategien vorgelegt werden.

- Die Sicht aus der Vogelperspektive des Weltmarktes trägt zudem dazu bei, dass alle unterhalb der Ebene der Gesamtwirtschaft angesiedelten Aspekte unsichtbar bleiben, darunter auch die Rollen von Management, ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften. Hier ist eine Vertiefung der Analyse gefordert, damit das Konzept handlungsrelevant werden kann.

- Zudem ist eine Erweiterung der Perspektive notwendig, um die an vergangen geglaubte Zeiten erinnernde Technikgläubigkeit des Konzepts zu überwinden. Heute sollte klar sein, dass technische ohne soziale Innovationen zum Scheitern verurteilt sind, und dass dazu insbesondere die soziale Gestaltung von Arbeit und Leben von zentraler Bedeutung ist.



Dr. Joachim H. Spangenberg
Studien, Konzepte und Indikatoren
für eine zukunftsfähige Entwicklung

Ökologische Industriepolitik und sozial-ökologische Reformpolitik

Eine vergleichende Analyse
im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung
Projekt Nr. 2007-24-3

Köln, 29. Februar 2008

Vergleichende Analyse:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ökologische Industriepolitik
– Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt

und

Sozial-ökologische Reformpolitik, nach der Studie Arbeit + Ökologie im Auftrag der Hans-
Böckler-Stiftung

Disclaimer:

Die in dieser Studie geäußerten Bewertungen und Vorschläge sind Auffassungen des Autors und stimmen nicht notwendigerweise mit den Positionen der Stiftung überein.

Autor:

Dr. Joachim H. Spangenberg
Volkswirt, Ökologe, Biologe
Stv. Vorsitzender SERI Institut
Prof. inv., Universität Versailles
Vorsterstr. 97-99, D-51103 Köln
Tel. +49/0-221-2168-95, Fax -94
Joachim.Spangenberg@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Kriterien – das Projekt Arbeit und Ökologie der HBS.....	4
3. Ökologische Industriepolitik – Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt	8
4. Bewertung der „Ökologischen Industriepolitik“ anhand sozial-ökologischer Kriterien	10
4.1 Vergleichsmethodik	10
4.2 Ein Schritt vorwärts: wichtige Errungenschaften des Memorandums	10
5. Probleme und Defizite.....	13
5.1 Binnenmarkt vernachlässigt	13
5.2 Exportfixierung	14
5.3. Vogelperspektive	14
5.4 Technology fix	15
5.5 Angebotspolitik	16
5.6 Governance.....	16
5.7 Fazit.....	17
6. Handlungsbedarf.....	19
6.1 Konkretisierung	19
6.2 Vertiefung.....	20
6.3 Erweiterung	21
7. Nachbemerkung	23
8. Quellen und weiterführende Literatur.....	23
9. Anhang 1: Strategiebündel einer sozial-ökologischen Reformstrategie.....	25
10. Anhang 2: Ökologische Industriepolitik als Nachhaltigkeitspolitik. Vergleich mit der Nachhaltigkeitsdefinition der Brundtlandkommission	28

Ökologische Industriepolitik und sozial-ökologische Reformpolitik. Eine vergleichende Analyse

1. Einleitung

Das Memorandum des BMU zur ökologischen Industriepolitik (2006) hat zu Recht eine breite Aufmerksamkeit bei all denen erfahren, die sich mit Nachhaltigkeit und ihrer Umsetzung durch eine sozial-ökologische Reformstrategie befassen. Das Memorandum verlässt den ausgetretenen Pfad wirtschaftspolitischer Diskussionen und kündigt an, eine neue, die globalen Entwicklungen realistischer widerspiegelnde Strategie vorzugeben. Gerade deshalb ist es notwendig, Stärken und Schwächen der BMU-Position näher zu betrachten, kritisch zu bewerten und Errungenschaften wie Verbesserungsbedarf zu identifizieren.

Als Grundlage für diese Bewertung wird hier die bis heute umfassendste Ausarbeitung einer sozial-ökologischen Reformstrategie herangezogen, wie sie in dem Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung von einem interdisziplinären Konsortium aus dem Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin WZB, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie entwickelt und 2000/2001 veröffentlicht wurde.

Deshalb werden im Folgenden zunächst einige relevante Ergebnisse dieses Großprojektes als Bewertungsgrundlage zusammengefasst, dann wesentliche Kernpunkte der Ökologischen Industriepolitik anhand des Memorandums dargestellt, um im anschließenden Vergleich sowohl die Stärken des BMU-Konzepts zu würdigen wie die aus Sicht einer sozial-ökologischen Reformstrategie notwendigen weiteren Entwicklungsschritte zu skizzieren.

2. Die Kriterien – das Projekt Arbeit und Ökologie der HBS

Das Projekt Arbeit und Ökologie der HBS ist die bisher umfangreichste Studie zum Thema, die – auch im internationalen Vergleich – die Ausdifferenzierung der sozialen Dimension, die Analyse der Rolle der Arbeit und die Integration dieser Faktoren in das Konzept nachhaltiger Entwicklung am weitesten vorangetrieben hat. Ihr Fazit, basierend auf umfangreichen Fallstudien, Szenarienentwicklung, ökonomischen Modellrechnungen und darauf basierenden interdisziplinäre geprüften Handlungsempfehlungen lautet: *„Eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, ist grundsätzlich machbar. Und sie ist mit Blick auf ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungsmöglichkeiten sogar erfolgreicher als Entwicklungsstrategien, die sich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlanker Staat orientieren.“* Spätere Analysen (z.B. haben dieses Ergebnis bestätigt und auch Gründe aufgezeigt, warum auf Kostenentlastung

und Minimalstaat basierende Strategien die vielfach versprochenen Erfolge nicht zeitigen können (populär z.B. Müller 2004).

Wesentliche Elemente der Studie Arbeit + Ökologie werden hier auf die aktuelle politische Diskussion bezogen und insofern indirekt aktualisiert – es handelt sich also nicht um eine systematische Weiterentwicklung der umfangreichen Arbeiten und Empfehlungen des Verbundprojekts: das wäre zum einen hier nicht zu leisten, zum anderen ist es für den Zweck dieses Projekts, die vergleichende Analyse der Ökologischen Industriepolitik, auch nicht notwendig.

Die Studie Arbeit + Ökologie hat zu einen Kriterien nachhaltiger Entwicklung formuliert, die nicht nur die ökologische, sondern auch die ökonomische und prominent die soziale Nachhaltigkeitsdimensionen einbeziehen (siehe Kasten). Solche – notwendig verkürzten – Kriterien sind geeignet, nicht nur *Politikergebnisse* auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen, sondern auch explizit formulierte *Politikziele*: Nachhaltigkeit ist nur gegeben, wenn *alle* Kriterien hinreichend erfüllt sind. Ein gemeinsamer Nenner der genannten Kriterien ist es zu prüfen, ob Politikziele und -ergebnisse dazu beitragen, den Erhalt des gesamtgesellschaftlichen Produktionsvermögens (Vermögen hier im Sinne von Fähigkeit) zu sichern. Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie welche Güter hergestellt und verteilt werden, sondern zentral um den Erhalt der Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Kapital und natürliche Ressourcen, also um den Übergang von einer nur produktiven zu einer auch reproduktiven Wirtschaftsweise.

Abb. 1: Die Nachhaltigkeitskriterien der Studie „Arbeit + Ökologie“

Mehrdimensionale sozial-ökologische Nachhaltigkeitskriterien

Ökonomische Nachhaltigkeit

- Sicherung der Grundlagen materieller Bedürfnisbefriedigung
- Erhalt der Leistungsfähigkeit des gesamten Produktionsvermögens
- Freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
- Vollbeschäftigung, soziale Sicherung, fairer Lastenausgleich zwischen den Generationen
- Beitrag zur internationalen wirtschaftlichen Stabilität

Ökologische Nachhaltigkeit

- Verbesserung der Umweltqualität
- Verringerung des Rohstoffverbrauchs
- Verringerung des Energieverbrauchs
- Schutz der biologischen Vielfalt
- Risikovermeidung für Mensch und Umwelt

Soziale Nachhaltigkeit

- Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit
- Befriedigung der Grundbedürfnisse
- Gesellschaftliches Sicherungssystem
- Gleichberechtigte Teilhabe an der Bürgergesellschaft
- Ermöglichung sozialer Innovationen und Gestaltung der Arbeitsformen

Quelle: HBS (2000)

Die Studie enthält jedoch nicht nur Kriterien und damit Zielvorgaben (die im wesentlichen auf der Beschreibung der sozial-ökologischen Reformstrategie im DGB-Grundsatzprogramm, sowie auf der kritischen Würdigung von aktuelleren Ergebnissen der Nachhaltigkeitsforschung beruhen), sondern auch eine Analyse der wichtigsten Handlungsfelder (Abb. 2) sowie, abgeleitet aus den Kriterien und angewandt auf die Handlungsfelder, Strategieformulierungen (dokumentiert in Anhang 1). Die Handlungsfelder, also die Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung, deren nachhaltige Gestaltung vorrangiges Ziel einer sozial-ökologischen Reformstrategie sein muss, beinhalten, nicht weiter überraschend, die soziale und ökologische Gestaltung des Strukturwandels, und dazu die Notwendigkeit von Innovationen (vgl. z.B. Hauff 1987; IFOK 1997; FES 1998).

Oft ignoriert, für eine umfassende Analyse aber ebenfalls nicht überraschend ist die wichtige Rolle der Nachfrageseite, der nachhaltige Konsum (vgl. z.B. Stiftung Verbraucherinstitut 1995; BUND/MISEREOR 1996). Die Änderung der Konsummuster ist seit der UNCED Konferenz in Rio de Janeiro 1992, spätestens aber seit dem Weltgipfel von 2002 in Johannesburg ein internationales Politikthema; sie war z.B. und einer der Hauptgegenstände der letzten paneuropäischen Umweltministerkonferenz in Belgrad („Paneuropa“ umfasst die EU, Nordamerika, Osteuropa, Kaukasus, Russland, und Zentralasien).

Neu und überraschend war die Erkenntnis der zentralen Rolle der Arbeit (Erwerbs- wie Reproduktionsarbeit) für jede nachhaltige Entwicklung: soziale wie ökologische Gestaltung müssen sich in der Qualität der Arbeit niederschlagen, wenn sie wirksam und erfahrbar werden sollen (detaillierte Hintergrundinformationen dazu bieten die Publikationen des WZB, als WZB Papers und insbesondere das Buch von Brandl/Hildebrandt 2002). Ob das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspotenzial ausgeschöpft und das individuelle Arbeitsvermögen gefördert und weiterentwickelt oder verschlissen und anschließend mehr oder weniger sozialverträglich entsorgt wird (also makroökonomisch der Umgang mit dem Humankapital) ist damit ein zentrales, nicht hintergebares Kriterium nachhaltiger Entwicklung und sozial-ökologischer Reformstrategien. Neuere Arbeiten haben diese Einsicht bestätigt, betreffs der zentralen Rolle der Erwerbsarbeit ebenso wie bezüglich der Notwendigkeit, die Reproduktionsarbeit verstärkt in eine nachhaltigkeitsorientierte Arbeitspolitik einzubeziehen (vgl. Biesecker, Hofmeister 2007, Spangenberg 2003).

Gute Erwerbsarbeit (und damit Qualifikation und Motivation) ist nicht nur Bedingung für die Implementation von Innovationen, sondern – richtig genutzt – eine zentrale Quelle von Produkt- und insbesondere Prozessinnovationen, und schließlich selbst Gegenstand von Innovation. Dabei muss der Begriff der Innovation, um das vorhandene Potenzial auszuschöpfen, über die technischen Innovationen hinausgehen und soziale wie institutionelle Innovationen mit beinhalten. Schließlich prägen die sozialen Kontakte in der Arbeit als „Peer Groups“ und die Erfolgs- bzw. Frustrationserlebnisse in der Arbeit wichtige Teile des Konsumverhaltens. Mit anderen Worten: die fünf identifizierten Handlungsfelder sind so eng miteinander verwoben, dass Erfolg in dem einen von der Beachtung der anderen abhängt.

Diese Einsicht wird in der nationalen wie internationalen Debatte über Strategien nachhaltiger Entwicklung bis heute immer noch weitgehend ignoriert; deshalb fordert auch der Rat für nachhaltige Entwicklung (2007) die Bundesregierung auf, beim „Management der öffentlichen Dinge“ die Politikintegration durch klar definierte Arbeitsteilung sicherzustellen.

Abb. 2: Handlungsfelder



Quelle: HBS (2000)

Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder hat das Projekt Strategien identifiziert, die aufeinander abgestimmt sind und in ihrer Kombination Erfolg versprechen – ihre Wirksamkeit und Eignung wurde unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten von den Instituten mit der jeweiligen Fachkompetent geprüft. Auch sie können als Vergleichsmaßstab für andere Politikstrategien dienen, insbesondere um im Vergleich zu prüfen, ob eine Politik effektiv auf Nachhaltigkeit zielt, oder nur innerhalb der Dimensionen auf nicht zielführende Instrumente setzt, oder die Integration der Dimensionen vernachlässigt und damit in sich widersprüchliche Handlungsvorgaben entwickelt, oder wichtige Aspekte vernachlässigt.

3. Ökologische Industriepolitik – Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt

Schon im Titel des BMU-Memorandums werden alle drei üblicherweise diskutierten Dimensionen nachhaltiger Entwicklung angesprochen, die auch die Eckpunkte jeder sozial-ökologischen Reformstrategie bilden. Zudem beschränkt sich das Memorandum nicht auf den Kompetenzbereich des BMU, sondern macht Vorschläge auch zur Forschungspolitik (ressortübergreifende Ausrichtung auf Leitmärkte), Wirtschaftspolitik (Ausweitung der Innovationsfinanzierungsförderung, Förderung des Exports von Umwelttechnologien) und zu institutionellen Fragen (Einrichtung eines Industriekabinetts, Erarbeitung von Visionen und konkreten Politikzielen) und reklamiert dass die ökologische Industriepolitik zu einem „nachhaltigen Modell industrieller Entwicklung führt“ (S. 9). Insofern ist es legitim und auch notwendig, das Memorandum anhand der Kriterien einer sozial-ökologischen Reformstrategie auf Stärken und Schwächen hin zu untersuchen, und es in einen internationalen Kontext zu stellen¹.

Das Memorandum beginnt mit einer Beschreibung der globalen Herausforderungen. Einerseits leben wir in einer Wachstumsperiode, die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung weltweit macht (das Memorandum erwartet durchschnittlich 3 % Wachstum pro Jahr und eine Verdoppelung des Weltbruttosozialprodukts binnen 25 Jahren, mit den „Wachstumsmotoren“ China, Indien und Indonesien), andererseits besteht die Gefahr, dass dabei die Grenzen der Belastbarkeit des Systems Erde und Klima überschritten werden, Verteilungskonflikte und Rohstoffkriege das neue Jahrhundert prägen könnten. Gleichzeitig wird erwartet, dass sich die Globalisierung weiter beschleunigt und durch die Liberalisierung des Welthandels sich Regionen und Märkte der Welt weiter integrieren. Dazu zählen auch erhebliche Migrationsbewegungen aufgrund des demographischen Wandels in Europa (S. 8). Die Mobilität wird weiter wachsen, der Luftverkehr sich bis 2020 verdoppeln und die Anzahl der PKW eventuell auch. Der Energiebedarf wird bis dahin um 50 % steigen und die Ölnachfrage von 75 auf 100 Millionen Barrel, so das Memorandum, das auch auf die negativen Folgen für die Entwicklungsländer und für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen in den Industrieländern hinweist. Deshalb, so das BMU, „lassen sich heute umweltpolitische Aspekte nicht mehr von wirtschaftlichen, energiepolitischen, demographischen, sozialen oder entwicklungspolitischen Gesichtspunkten trennen. [...] Die ökologische Frage ist zur wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden“ (S. 9).

Die Lösung für diese ambivalente Situation sieht das Memorandum in einem „kräftigen Wachstumsschub, der die Basis einer neuen ökologisch-industriellen Revolution ist“ (S. 6: nicht umgekehrt!), einer „dritten industriellen Revolution mit den Kernpunkten Energie- und Ressourceneffizienz“ (s. 9). Ökologischer Strukturwandel, so das Memorandum, führt zu neuem Wachstum, neuer Wertschöpfung, neuen Produkten und Verfahren, und neuer

¹ Letzterem dient die Kurzbewertung des Memorandums anhand der Kriterien der Brundtland-Kommission, der allgemein akzeptierten Grundlage aller Nachhaltigkeitskonzeptionen, in Anhang 2.

Beschäftigung – letzteres ein Grund, warum auch Gewerkschaften einen solchen Strukturwandel unterstützen (IGM 2008). Ökologische Industriepolitik

- soll die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas durch eine Profilierung als globale Umweltdienstleister des 21. Jahrhunderts stärken, denn „die Märkte der Zukunft sind grün“, alle Märkte brauchen eine Ökologisierung;
- muss strategische Zukunftsindustrien stärken und die deutsche Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen, die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen und ihre stoffliche Basis zunehmend auf nachwachsende Rohstoffe umstellen, und dazu Innovationen fördern, Technologiesprünge initiieren und den Transfer zum Markt beschleunigen helfen;
- ist ein Instrument für nachhaltige Entwicklung, indem sie die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und eine effiziente Ressourcennutzung forciert;
- soll so einen Beitrag zur Herausbildung eines global verallgemeinerbaren Entwicklungsmodells leisten.

Sie zielt insbesondere auf einige zentrale Bereiche und Märkte, die künftig von einer besonderen Wachstumsdynamik geprägt sein werden; einige davon werden als Leitmärkte einer Weltwirtschaft im Wandel identifiziert, bei denen sich in besonderer Weise zentrale und strategische zukünftige Bedarfe mit technologischen Innovationen verknüpfen und die mit Stärken der deutschen Wirtschaft korrespondieren. Solche Zukunftsmärkte werden nicht ausschließlich ökonomisch bestimmt, sondern sie umfassen auch „gesellschaftspolitische Leitvorstellungen über die Qualität des Lebens“.

- Energieerzeugungs- und Kraftwerkstechnologien (Leitmarkt Energietechnologien)
- Energieeffizienztechnologien (Leitmarkt Effizienztechnologien),
- Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien,
- Mobilität und Verkehrstechnologien (Leitmarkt nachhaltige Mobilitätstechnologien),
- Wasser- und Abwassertechnologien,
- Umwelttechnisches Engineering/Anlagentechnik.

„Ökoinnovationen und Öko-High-Tech“, gefördert durch eine innovationsorientierte Umweltpolitik, sollen dazu beitragen, dass Europa zum ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt wird. „Dazu bedarf es eines modernen Innovationssystems: des Zusammenspiels all jener Institutionen, die Wissen produzieren, Wissen akkumulieren und vermitteln, die Arbeitskräfte ausbilden, die Technologien entwickeln, die innovative Produkte und Verfahren hervorbringen und verbreiten, einschließlich der einschlägigen regulativen Regimes und der staatlichen Investitionen in entsprechende Infrastrukturen“ (S. 12).

Als Basisinnovationen und übergreifende wirtschaftliche Wachstumsfelder kommen hinzu

- Life Science / Biotechnologie (Leitmarkt Life Science Technologien);
- Nanotechnologie;
- Ökodesign;

- Bioplastik/Bioraffinerie.

Das Memorandum schließt mit der Beschreibung der Ökologischen Industriepolitik als „umfassende Modernisierungsstrategie“: „Technologische Innovationen müssen aber eingebettet sein in soziale und ökonomische Innovationen sowie kulturelle und gesellschaftliche Reflexion. [...] Neuer Fortschritt braucht [...] einen Gesellschaftsvertrag für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung“ (S. 23). Dieser Anspruch ist zweifellos richtig – aber wird ihm das Memorandum gerecht?

4. Bewertung der „Ökologischen Industriepolitik“ anhand sozial-ökologischer Kriterien

4.1 Vergleichsmethodik

Beim Vergleich der „ökologischen Industriepolitik“ mit den Ergebnissen der Studie „Arbeit und Ökologie“ wird als erstes die andere Perspektive deutlich: das Memorandum argumentiert aus einer konsequent globalen Sicht, nicht ausgehend von deutscher Politik, sondern von weltweiten Trends in Ressourcenverbrauch und Knappheiten, Umweltbelastungen und Handlungsnotwendigkeiten, um dann daraus die Herausforderungen für die Bundesrepublik abzuleiten. Damit sind das Memorandum und Studie so sehr auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt, dass ein Detailvergleich von Strategien nicht vorgenommen werden kann – was hier verglichen wird sind deshalb die Themenfelder, die die jeweiligen Ansätze abdecken.

Um nachhaltigkeitsgerecht zu sein müsste eine (sozial-)ökologische Industriepolitik entweder alle fünf Handlungsfelder abdecken, die in der Studie Arbeit + Ökologie als unverzichtbare Aufgabenbereiche einer jeden Nachhaltigkeitspolitik identifiziert wurden, oder aber sie müsste zu komplementären Strategien anschlussfähig sein, die diejenigen Themen behandeln, die in der (sozial-)ökologischen Industriepolitik nicht behandelt werden. Solche Anschlussfähigkeit ergibt sich nicht im Selbstlauf – sie muss politisch hergestellt werden, und das muss bereits Gegenstand bei der Ausgestaltung der Politik sein. Insofern sind die Hinweise auf andere Politikbereiche im Memorandum nicht etwa fehlgeleitet, sondern notwendige Bestandteile eines Erfolg versprechenden Politikansatzes. Im Umkehrschluss gilt, dass da wo Verweise fehlen, Defizite deutlich werden, die eine Weiterentwicklung der im Memorandum beschriebenen Politik notwendig machen.

4.2 Ein Schritt vorwärts: wichtige Errungenschaften des Memorandums

Eine vom globalen Wandel ausgehende und Schlussfolgerungen für die deutsche Politik ziehende Herangehensweise ist in Dokumenten der Bundesregierung (mit Ausnahme der Klimapolitik) ungewohnt, entspricht aber – vielleicht besser als viele andere – den Gegebenheiten eines exportabhängigen Landes in einer globalisierten Weltwirtschaft. Erst so

werden einige der Herausforderungen und Chancen verständlich, die das Memorandum anspricht, und die in der Tat in den nächsten Jahren wesentliche Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft darstellen werden.

Dabei wird – durchaus realistisch – als entscheidende Stärke der deutschen Wirtschaft ihr Potenzial für die Herstellung technologisch anspruchsvoller Lösungen für unterschiedliche ökologische Herausforderungen gesehen. Bemerkenswert ist dabei die Abkehr von alten Diskussionsmustern zum Thema Globalisierung: im gesamten Memorandum werden die Chancen der deutschen Industrie mit ihrer Erfahrung, Qualifikation und der Qualität von Produkten und Dienstleistungen begründet. Die ökologische Industriepolitik stellt insofern den Umstieg vom lange nahezu ausschließlich (und in einem Hochpreis- und Hochlohnland wie der Bundesrepublik völlig unsinnigerweise) favorisierten Kostenwettbewerb auf eine internationale Strategie des Qualitätsbewerbs dar (von Kostensenkungen ist nie die Rede). Ein solcher Richtungswechsel ist lange überfällig – bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit der Wirtschaft und der medialen Kommentierung diese neue Wende versteht und mitvollzieht.

Das Memorandum kritisiert die Orientierung wirtschaftlicher Entscheidungen an den Kriterien kurzfristiger Gewinnmaximierung (*shareholder capitalism*) und fordert – zu Recht – eine Langfristspektive als Voraussetzung eines nachhaltigen Wirtschaftsstils. Eine solche Rückbesinnung auf die traditionelle Stärke des Standorts Deutschland durch seine „diversifizierte Qualitätsproduktion“ erfordert Investitionen in die Steigerung der Produktivität (also eine im Vergleich zu den letzten zwei Jahrzehnten verstärkte Reinvestition von Gewinnen). Diese Produktivitätsorientierung unterstützt auch das Memorandum, allerdings konzentriert auf technologische Innovationen. Produktivitätssteigerungen durch (Re-)Qualifizierung, größere Autonomie und Partizipation der Beschäftigten kommen nicht in den Blick. Hier steht das BMU mit seiner einseitigen Ausrichtung auf Forschung und technische Innovationen seinen eigenen Zielen im Wege.

Zwar ist die Arbeits(-markt-, -zeit-, -qualitäts-)politik kein Thema des Memorandums, aber die Tatsache, dass die erwarteten neuen Arbeitsplätze Resultat erfolgreicher Exportoffensiven in hochtechnologischen Bereichen sein sollen (die Zukunft konsumentennaher oder produktionsbezogener Dienstleistungen ist kein Thema des auf die Industrie ausgerichteten Memorandums) lässt zumindest hoffen, dass es sich um qualifizierte Vollzeitarbeitsplätze mit angemessener Bezahlung, arbeits- und tarifvertraglich gesicherten Standards betreffs Sicherheit am und des Arbeitsplatzes und entsprechend guten Arbeitsbedingungen handeln wird. Dies wird zwar im Memorandum nicht explizit gefordert, ist aber ein wesentliches Argument z.B. für die IG Metall, eine Strategie des ökologischen Strukturwandels zu unterstützen (IGM 2008).

Ebenfalls positiv ist festzuhalten, dass der vorgeschlagene „New Deal“ die Abkehr von einer ideologisch-marktradikalen Sichtweise darstellt und die Hinwendung zu einem realistischen Verständnis der Interaktion von Wirtschaft, Staat und Industriegesellschaft. Das Memorandum bietet so einen Beitrag zur heute dringend notwendigen Abkehr von

ideologischen Verengungen und zur Entwicklung neuer Perspektiven, der aus sozial-ökologischer Sicht zumindest einen ersten wichtigen Schritt auf einem längeren Weg darstellt. Insofern die Zielsetzung Europa zum ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen eine Neuinterpretation der Lissabon Strategie der EU darstellt, ist auch dies eine ökologische wie soziale Verbesserung.

Das Memorandum verlangt, der technischen Innovation in Deutschland und damit der Entwicklung der Märkte eine Richtung zu geben – eine bemerkenswerte Abkehr von der lange gepflegten Annahme, Technik entwickle sich gemäß einer inhärenten Dynamik in Selbstlauf und die Richtung dieser Entwicklung sei vorgegeben und könne politisch nicht beeinflusst werden. Ein gesellschaftliches Leitbild soll Prioritäten definieren, weil nicht alles, was technisch machbar ist, auch gemacht werden soll (S. 22). Statt sich auf die Eigendynamik von Technologieentwicklung und den Markt zu verlassen (der diese Aufgabe nicht alleine lösen kann, S. 21), ist eine aktive Politik notwendig; „der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen muss optimiert werden“.

Beispiele für neue Perspektiven sind (mehr noch als die Forschungspolitik) die geforderten Markteinführungshilfen für neue Technologien. Eine solche Maßnahme senkt Markteintrittsbarrieren und stärkt damit kompetitive Märkte, war aber noch vor einigen Jahren in Deutschland als Dirigismus verpönt. Bemerkenswert ist auch die Forderung nach einer politischen Rahmensetzung für die Wirtschaft (ein ordoliberaler Ansatz in der Tradition Müller-Armack und Erhard, ökologisch ergänzt). Daraus ergibt sich auch der Fokus auf Lösungen im gegenseitigen Interesse (win-win Lösungen), die mit Sicherheit der beste Einstieg in eine breit getragene Hinwendung zu zukunftsfähigen Strategien in Wirtschaft und Politik darstellen; sicherlich wird eine sozial-ökologische Wende kein Nullsummenspiel sein, sondern neue Chancen eröffnen. Allerdings wird in der wissenschaftlichen wie der politischen Debatte zu Recht bezweifelt, dass es in diesem neuen „Spiel“ nur Gewinner geben kann – Konflikte und Interessengegensätze sind unvermeidlich und in pluralistischen Gemeinwesen nicht nur legitim, sondern eine Quelle demokratischer Weiterentwicklung. Hier droht das Memorandum künftige Konflikte zu verschleiern, indem es Interessengegensätze nur einmal anspricht, und dann auch nur innerhalb einer Akteursgruppe (zwischen verschiedenen Wirtschaftsinteressen, zwischen unterschiedlichen Umweltprioritäten). Werden jedoch die in einer integrativen Politikformulierung unvermeidlichen: Interessengegensätze (trade-offs) zwischen verschiedenen Aspekten von Wirtschaft, Umwelt und sozialer Sicherheit nicht angesprochen, so der Rat für nachhaltige Entwicklung (2007), dann können auch Maßnahmen zu ihrer Entschärfung Auflösung nicht gesucht und gefunden werden: „Nur wer Zielkonflikte anspricht, macht sie lösbar und kann absehbare Enttäuschungen vermeiden.“ Aber selbst wenn man Konflikte thematisierte, wären sie damit noch nicht gelöst, so der Rat: „Es lassen sich aber nicht alle Konflikte in Win-Win-Situationen auflösen. Das wäre illusorisch. Neben Gewinnern wird es auch Verlierer geben“.

Der Konkretisierungsbedarf greift damit an den unterschiedlichsten Stellen; so bleiben z.B. sowohl der mehrfach geforderte Ordnungsrahmen wie die Mechanismen der Konsensbildung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vage bis undefiniert; insbesondere spielen Gewerkschaften bei der (neo-korporatistischen?) Konsensfindung keine explizite Rolle; sie sind – wenn überhaupt als Akteure mitgedacht – entweder unter „Wirtschaft“ oder unter „Gesellschaft“ subsumiert.

5. Probleme und Defizite

Leider werden die genannten Stärken des Memorandums durch eine Reihe von Auslassungen erkaufte:

5.1 Binnenmarkt vernachlässigt

Die Binnenmarktperspektive wird im Memorandum weitgehend vernachlässigt. Deutschland wird als „Demonstrationsmarkt“ für den weltweiten Export umwelttechnischer Güter und Dienstleistungen betrachtet, aber eine binnenwirtschaftliche Industriepolitik skizziert das Papier nicht, und fordert sie auch nicht. Da aber Nachhaltigkeit einen Wandel der Systeme von Produktion, Distribution und Konsumption erfordert, der weit über die erfolgreiche Vermarktung innovativer Einzelprodukte hinausgeht, wird ein Konzept „Deutschland als Schaufenster“ mittel- bis langfristig nicht ausreichen. Da in Deutschland die öffentlichen wie auch (trotz steigender Gewinne) die privaten Investitionen seit langer Zeit rückläufig sind, erfordert eine „Innovationsoffensive“ auch und vor allem eine „Investitionsoffensive“, die ohne politische Anreize und Initiativen nicht zu erwarten ist.²

Eine solche Offensive – wie sie auch die Lissabon-Strategie der EU fordert – kann sich aber nicht nur auf technische Innovationen beschränkt. Hinzu kommen muss die Umsetzung und „zur-Schau-Stellung“ sozialer wie institutioneller Innovationen – das weltweit bekannte japanische Top-Runner-Programm (im Memorandum empfohlen für die EU Ebene) und das deutsche EEG sind zwei Beispiele für solche Innovationen (das letztere wird auch im Memorandum gebührend gewürdigt). Zudem bleiben bei der Fixierung auf technische Innovationen die potenziell stärksten, weitgehend umweltverträglichen und bisher ungenutzten „Wachstums- und Beschäftigungsmotoren“ außer Betracht: qualitativ hochwertige, personenbezogene (und deshalb für den relativen Nahbereich erbrachte, kaum exportfähige) Dienstleistungen insbesondere für Kinder und in der Ausbildung befindliche (bis zum Ende der Ausbildung) sowie für ältere Menschen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und

² Eine Bedingung für die Mobilisierung von privaten Investitionen wäre die Umlenkung der abgeschöpften Gewinne von Finanz- zu Realinvestitionen, eine Orientierung des Managements auf Gewinne aus unternehmerischem Handeln statt aus Renten und Spekulationen. Steuermodelle, die dafür sorgen dass die spekulative Anlage entnommener Gewinne finanziell weniger attraktiv als ihre innerbetriebliche Reinvestition ist, können zu einem solchen Umdenken beitragen. Hinzukommen muss noch ein Rechtsrahmen, der dafür sorgt, dass die Investitionen die notwendige Richtung sozial-ökologischer Zukunftsvorsorge nehmen.

Betreuung. Diese müssen jedoch ausreichend finanziert werden; gerade personenbezogene Dienstleistungen können nicht nach industriellem Beispiel rationalisiert und produktiver gestaltet werden, ohne an Qualität einzubüßen (Strasser 2007).

5.2 Exportfixierung

Die vom Memorandum geschilderten Chancen sind ausschließlich Exportchancen; die Realisierung der Ökologischen Industriepolitik in der vorgeschlagenen Form würde deshalb zu einer weiter wachsenden Exportabhängigkeit und damit Verletzlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik führen. Dass der Standortwettbewerb innerhalb der EU bei festen Wechselkursen des Verzichts auf einen Subventions- oder Steuersenkungswettlauf und einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik bedarf, wenn nicht Solidität der Staatsfinanzen und die Grundlagen von Währungsunion und gemeinsamem Markt gefährdet werden sollen, kommt dem Memorandum nicht in den Blick (der Übergang vom Preis- zum Qualitätswettbewerb mildert das Problem zwar, löst es aber nicht). Die wachsende Kritik der europäischen Partner an einer Politik der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu ihren Lasten, und die Risiken für das Projekt der weiteren europäischen Einigung sollten nicht weiter unterschätzt werden.

Zudem sind die Erfahrungen mit exportgetragenen Wachstumsstrategien (und das Wachstum der beiden letzten, relativ schwachen konjunkturellen Aufschwungsperioden war überwiegend exportgetragen) nicht so positiv, wie sie häufig dargestellt werden, sondern durchaus ambivalent: während die deutschen Exporte 2005-2006 real (auch Dank der Nachfrage aus China und z.T. Indien) um 13% gestiegen sind, und die DAX – Unternehmen eine durchschnittliche Steigerung ihrer Nettogewinne um 26% erwirtschaften konnten, haben eben diese DAX – Unternehmen nicht zum Beschäftigungswachstum beigetragen (FR 23.3.2007).

Schließlich schafft die Fokussierung auf die Außenwirtschaft zusätzliche Risiken (Abhängigkeit von der Konjunktur der Hauptabnehmerländer, der Wechselkursentwicklung und den Spekulationsblasen der internationalen Finanzmärkte – allein die Spekulationsverluste deutscher Banken hätten, wären sie im Inland investiert worden, umfangreiche Zukunftsinvestitionen finanzieren können). Zudem droht eine Zweiteilung der Wirtschaft in einen boomenden Exportsektor, in dem die Gewerkschaften auch Gewinnbeteiligung in Form höherer Löhne und Gehälter durchsetzen können, und einer Binnenwirtschaft, in der solche Verteilungsspielräume nicht bestehen.

5.3. Vogelperspektive

Die „Vogelperspektive“ führt dazu, dass die Wirtschaft oder einzelne Branchen als Handelnde der Entwicklung wahrgenommen werden, höchstens noch Firmen, aber nie die Akteure innerhalb der Firmen. Auf diese Weise erscheinen Firmen als homogene Einheiten, die Rolle von Arbeitnehmer/inne/n, Betriebsräten, Management etc. wird nicht sichtbar. Damit ist dem

Memorandum auch ein zentraler Teil einer sozial-ökologischen Reformstrategie, die Gestaltung der Zukunft der Arbeit, von Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen von vornherein nicht zugänglich. Auch auf der politischen Ebene wird eine Arbeitspolitik nicht erwähnt; positive Beschäftigungseffekte ergeben sich ausschließlich als Nebenwirkung der Wahrnehmung von Exportchancen; das Ziel der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung durch Schaffung regulärer Arbeitsplätze fehlt deshalb im Memorandum.

Zwar kritisiert das Memorandum die Kurzfristorientierung wirtschaftlicher Entscheidungen, bezieht dies aber nicht auf die Beschäftigungsverhältnisse, nicht nur für Leiharbeiter/innen: die durchschnittliche „Verweildauer“ von Spitzenmanagern der DAX-Unternehmen liegt bei unter sechs Jahren – eine dysfunktionale Entwicklung, die Profilierungsaktivismus und Opportunismus bei Führungskräften (auch: Stichwort Liechtenstein) fördert und Illoyalität bei den Beschäftigten provoziert.

Entsprechend verbleibt die Beschäftigung mit Politikstrategien auf einer relativ abstrakten Ebene ohne bezüglich ihrer Umsetzung und der davon erwarteten Ergebnisse allzu konkret zu werden. Ein Vorteil der Argumentation auf dieser Ebene ist, dass es so möglich wird, langfristige paradigmatische Oberziele zu definieren, wie die CO₂-Gerechtigkeit (gleiche Emissionsrechte für alle Menschen) oder das Recht auf faire Preise für Ressourcen (beide A. Merkel). Diese Möglichkeit wird jedoch vom Memorandum nicht genutzt.

5.4 *Technology fix*

Innovationen werden ausschließlich als technische Innovationen verstanden (*technology fix*). Dabei wird weder auf die sozialen Innovationen eingegangen, die zu ihrer erfolgreichen Implementierung notwendig sind, noch auf die vielfältigen Quellen von Innovationen. Da rein technisch gedacht, ist verstärkte Forschung die einzige genannte Quelle (ohne dass dabei die Erkenntnisse der *sustainability science* betreffs Form und Inhalt von Forschung für die Nachhaltigkeit berücksichtigt worden wären). Ebenso fehlt ein Hinweis auf die Sozialverträglichkeit der Technologie-Entwicklung und erst recht auf die sozial-ökologische Gestaltung der in Produktion und Anwendung entstehenden Arbeitsplätze, auf Genderfragen oder auf Fragen der Technologienutzung im Alltag der Konsument/inn/en.

Dies sind insofern gravierende Versäumnisse, als die empirische Innovationsforschung (wie schon eine zehn Jahre alte Studie des Umweltbundesamtes) die Grenzen rein technisch verstandener Innovationsstrategien aufzeigt. So ergab die Analyse von 105 Öko-Innovationsprojekten nach den Schumpeterschen Innovationstypen und –formen (radikal vs. inkrementell und Komponenten- vs. Systeminnovationen), dass die Mehrheit von inkrementellen Prozessinnovationen gestellt wurde, die vom Memorandum ausdrücklich und zu Recht als unzureichend bewertet werden. Die empirisch gefundenen Charakteristika erfolgreicher radikal-systemischer Öko-Innovationen waren die Kombination von Technologie und sozialen Arrangements, von grundverschiedenen Technologietypen, und die Ökologisierung alter

Technologien durch die Anwendung neuer (Hellström 2007). Eine ökologische Industriepolitik sollte aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen ziehen.

Auch die für einen Innovationsschub notwendigen Qualifikationen und damit die Themen Bildungspolitik (auch und vor allem jenseits der akademischen Ausbildungen), Aus- und Fortbildung spart das Memorandum aus, trotz des heute teilweise bereits kritischen Fachkräftemangels, der wiederum die innovationsgetragene Exportstrategie der ökologischen Industriepolitik zu unterminieren droht. Insbesondere der Ingenieursmangel ist für die technikzentrierte Strategie des BMU durchaus kritisch.

5.5 Angebotspolitik

Das Memorandum ist in weiten Teilen angebotsseitig ausgerichtet; die Förderung des Angebots ist prominenter Bestandteil der im Memorandum formulierten Leitlinien. Die Hinweise auf die Möglichkeiten des öffentlichen Beschaffungswesens bleiben knapp und vage. Technologie wird als problemlösend beschrieben, ohne dass die Bedingungen ihrer Aufnahme und Umsetzung angesprochen würden. Routinen, Präferenzen, des Verhalten von Kunde/inne/n und allgemein von Verbraucher/inne/n sind kein Thema, Nachfrage wird für das Inland kaum diskutiert. Für das Ausland soll sie durch den Export erfolgreicher Politik wie des Erneuerbare Energien Gesetz EEG gefördert werden – die Aufnahmebereitschaft für solche Politikexporte wird als gegeben vorausgesetzt.

Im Sinne der Angebotsorientierung des Konzepts wird auch der Arbeitsmarkt (wenn auch nur cursorisch) betrachtet: die Qualifikationen der potenziell Beschäftigten für die neuen Technologien ist ein Thema (für die Bildungspolitik), die Beschäftigungsbedingungen des Arbeitsmarktes sind ebenso wenig eines wie die Notwendigkeit betrieblicher Aus- und Fortbildung. Wohl deshalb fehlt auch jeder Hinweis auf die Notwendigkeit öffentlicher Investitionsprogramme zu Schaffung der Bedingungen einer sozial-ökologisch nachhaltigen Entwicklung, zum Erhalt des „Produktionsvermögens“ durch Investitionen in Human-, Sach- und Realkapital (und nicht als Strohfeuer im Sinne des Keynes'schen „Löcher graben“).

5.6 Governance

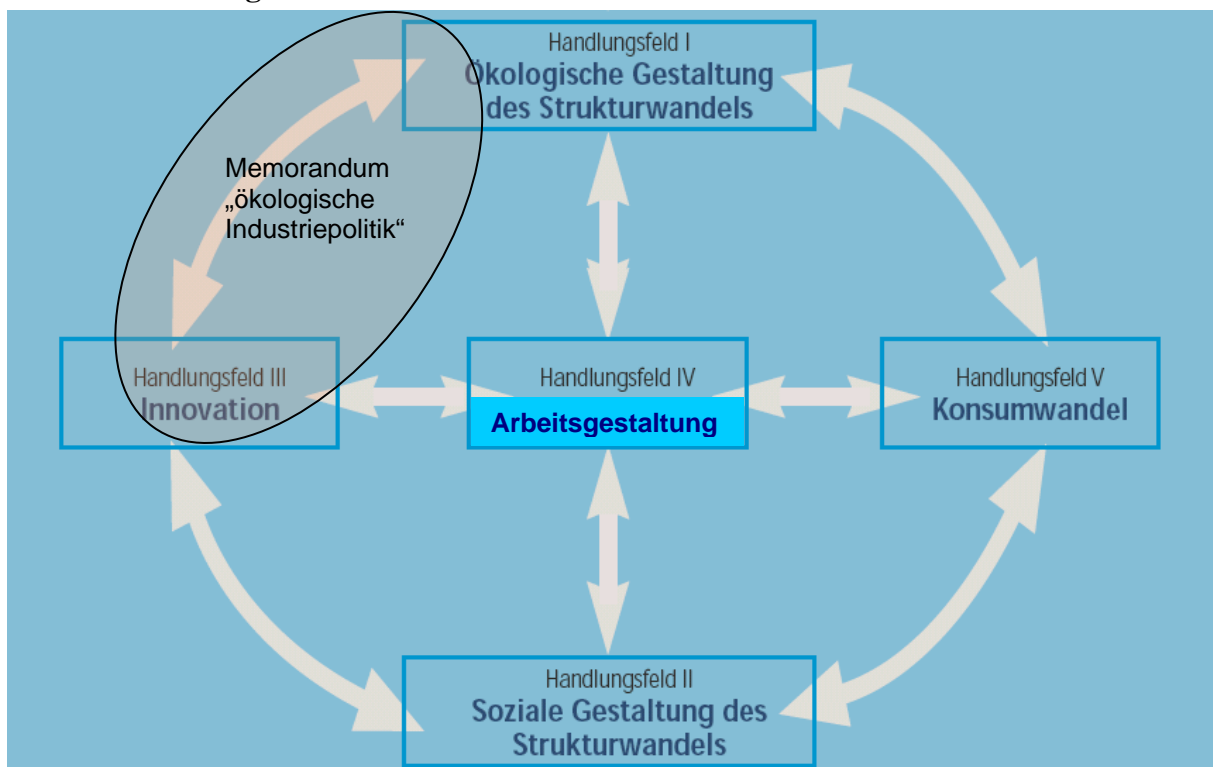
Aussagen zur Weiterentwicklung der Politik auf europäischer Ebene fehlen im Memorandum ebenso wie Hinweise auf eine für sozial-ökologische Reformen adäquate Gestaltung des Verhältnisses von Bund, Ländern und Kommunen. Für die nationale Ebene wird ein Konsens der Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beschworen, aber nicht konkretisiert. Wie soll der „Dialog der Akteure“ zu gemeinsamen Zielperspektiven“ in Bereichen wie Bio- und Nanotechnologie führen? Die Beteiligung und Rolle der gesellschaftlichen Akteure (genannt werden „Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“) an der Politikentwicklung und Umsetzung offen bleiben – dies zu konkretisieren ist eine der Forderungen des Nachhaltigkeitsrates und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die außenwirtschaftliche

Entwicklung wird konzeptionell nicht durch eine „Klimaaußenpolitik“ (W. Steinmeier) gestützt, sondern dem Markt überlassen.

5.7 Fazit

Insgesamt kann festgehalten werden, dass das Memorandum neue Impulse setzt, sich den Herausforderungen der Globalisierung stellt und wichtige Teilbereiche einer sozial-ökologischen Reformstrategie anspricht. Diese werden jedoch nur unvollständig behandelt und bedürfen einer Vertiefung (Auslassungen, s.o.), während weitere essenzielle Handlungsfelder weder im Memorandum thematisiert werden, noch eine Verknüpfung zu entsprechenden Politikprogrammen hergestellt wird (vgl. Abb. 2). Hier bedarf das Memorandum einer inhaltliche Erweiterung, wenn es seinem Anspruch gerecht werden soll, einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung zu initiieren.

Abb. 3: Verortung des Memorandums



Quelle: HBS 2000

Das Hauptproblem des Memorandums sind damit nicht seine „weißen Flecken“ (die ökologische Industriepolitik wird ausdrücklich nur als „ein Instrument für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnet), sondern das Auftreten als umfassendes Reformkonzept, ohne das die genannten Lücken thematisiert würden. Es fehlt auch jeder Bezug zur deutschen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, sowie zur internationalen Nachhaltigkeits- und

Governance - Diskussion (an der das BMU ja – siehe die Vertretung der Bundesregierung bei den Klimaverhandlungen in Bali – durchaus aktiv und erfolgreich beteiligt ist). So und durch die bisher nur stückweise gelungene Befreiung von ideologischen Versatzstücken wie der Angebotsorientierung und der Technikfixierung entsteht der Eindruck eines verengten Politikansatzes, der in der Weiterentwicklung der ökologischen Industriepolitik schnellstmöglich ausgeräumt werden sollte, weil sonst auch die zahlreichen positiven Aspekte des neuen Ansatzes in der begründeten Kritik unterzugehen drohen. Auch der Vergleich mit dem Konzept der Brundtland – Kommission in Anhang 2 zeigt, dass die ökologische Industriepolitik noch nicht den Kriterien einer sozial-ökologischen Nachhaltigkeitspolitik gerecht wird. Um dies zu erreichen sind eine Konkretisierung, eine Vertiefung und eine Erweiterung des Konzepts notwendig; erste Ideen für diese Schritte werden im Folgenden vorgestellt.

6. Handlungsbedarf

6.1 Konkretisierung

Konsensbildung: Es bleibt im Memorandum offen, wie die Konsensbildung erreicht werden soll, ob neo-korporatistische Modelle (Konzertierte Aktion, Bündnis für Arbeit) wiederbelebt und wie ggf. ihre Schwächen überwunden werden sollen (sie sind nicht umsonst ohne durchgreifende Erfolge eingestellt worden), oder ob es sich um neue, dialogische, breit angelegte Formen der Konsensbildung handeln soll. Was ist in diesem Zusammenhang Konsens? Breite Mehrheiten oder Einstimmigkeit (d.h. Veto-Rechte für alle Teilnehmer)? Wer sollen die Beteiligten sein? Welche Rolle sollen bestehende, gruppenübergreifende Institutionen wie der Rat für nachhaltige Entwicklung spielen? Ein Beispiel: die Bundesregierung könnte selbst, oder durch die Inpflichtnahme der IHKs, d.h. durch die Nutzung der Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen) Aufklärung über die Möglichkeit betreiben, durch verbesserte Materialeffizienz kurz- und mittelfristige Kostensenkungen zu erreichen, die für die deutsche Wirtschaft in vielfacher Milliardenhöhe anfallen würden, der öffentlichen Hand Einsparmöglichkeiten bei der Transportinfrastruktur wie bei der Entsorgung böte, Arbeitnehmer/innen über eine Million neue Jobs und den Haushalten Einsparungen tausender Euro pro Jahr bieten würde (sog. Aachener Szenario). Ein zweites Beispiel: weder Materialeffizienz (im Gegensatz zur Kosteneffizienz, mit Schwerpunkt Arbeitskosten) noch eine sozialverträgliche Arbeitsplatzgestaltung in Kooperation mit den betrieblichen Gremien einschließlich der Betriebs- und Personalräte sind bisher Teil der betriebswirtschaftlichen Ausbildung (eine Herausforderung für die Hochschulpolitik). Hier könnten Zusatzkurse für Manager angeboten werden, deren erfolgreicher Abschluss, mit einem Zertifikat testiert, Voraussetzung für die Teilnahme an bestimmten öffentlichen Ausschreibungen wäre (Qualifikationsnachweis).

Rahmensetzung: Welche Rolle wird der Staat spielen? Als Rahmensetzer, der durch nationale wie europäische Rechtssetzung Ziele vorgibt, als Moderator (wie unter der Regierung Schröder der Vor-Hartz-Phase), als Anreizgeber? Welche Handlungsebene ist in Deutschland zuständig (die Kommunen tätigen rund 2/3 der öffentlichen Investitionen), welche Rolle spielen europäische Initiativen und Rahmensetzungen? Ist die ökologische Industriepolitik eine Operationalisierung der EU Lissabon-Strategie? Wie sollen ggf. die Anreize aussehen: angebotsseitig, z.B. durch Kennzeichnungen und Effizienzstandards, nachfrageseitig z.B. (wie im Memorandum erwähnt) durch die stimulierende Wirkung eines auf sozial und ökologisch geprüfte Qualität ausgerichteten öffentlichen Beschaffungswesens? Was sonst noch? In welchen Bereichen sollen ökologische (und soziale?) Standards Innovationen stimulieren (unter Ökonomen bekannt als *Porter Hypothese*)? Welche Kriterien sollen angewandt, wie sollen sie überprüft werden (transparente Monitoringsysteme)? Dies ist auch die Voraussetzung für den Erfolg von Public-Private-Partnerships und freiwilligen Vereinbarungen: eine Zielverfehlung – das zeigen deutsche wie internationale Erfahrungen –

muss sanktionsbewehrt sein und überwacht werden, dann kann sie erfolgreich sein („*Agree and control*“ statt „*Command and control*“ – ohne Kontrolle geht es nicht). Effektive staatliche Kontrollfunktionen sind Voraussetzung nicht nur für soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt, sondern auch für die Gleichheit vor dem Gesetz (siehe die durch mangelnde Kontrollen begünstigte massive Steuerhinterziehung der Besserverdienenden, nicht nur via Liechtenstein).

6.2 Vertiefung

Von Betrieben zu Akteuren: Die Rolle des Managements befindet sich zur Zeit in einer kritischen öffentlichen Diskussion; eine Intervention der Bundesregierung, die sozial-ökologische Kriterien für die Performance von Führungskräften vorschlägt und in den Betrieben mit Bundesbeteiligung oder in Bundesbesitz auch in die Praxis umsetzt, könnte der bisher negativ geführten Debatte positive Ziele geben. Nicht diskutiert wird bisher die Rolle der Arbeitnehmer/innen, Betriebs- und Personalräte für Innovation und Qualität. Diese leisten nicht nur unverzichtbare Beiträge zur Umsetzung von zukunftsgerechten Management-initiativen, sondern können – richtig genutzt – selbst eine wichtige Quelle betrieblicher Innovationen sein. Dies setzt allerdings eine geeignete Gestaltung des Arbeitslebens voraus.

Von Produkten zu Produktionsprozessen: Jedes neue Produkt führt zu Änderungen in Beschaffung, Logistik, Bedarf an Zusatz- und Hilfsstoffen, Aufbereitungs- und Verarbeitungsverfahren, Maschinenausstattung und Prozessführung, Verpackung, Marketing, Nutzungsformen, und Recycling/Entsorgung. Jede technische Innovation ist also mit einer Kaskade weiterer Innovationen, sozialen wie technischen, in den vor- und nachgelagerten Bereichen verbunden, die ihrerseits einer sozialen wie ökologischen Gestaltung bedürfen, wenn eine Innovation dieses Prädikat für sich in Anspruch nehmen will. Eine solche lebenszyklusweite Betrachtung könnte die Grundlage für ein öffentliches Qualitätssiegel bieten, ähnlich dem blauen Engel oder der Bioprodukt-Kennzeichnung, erfordert aber auch entsprechende Motivation und Qualifikation von Belegschaften und Management.

Von technischen zu gesellschaftlichen Innovationen: Eine sozial-ökologische Gestaltung von Herstellung, Nutzung und Verwertung/Entsorgung schließt zahlreiche Akteure ein, von Rohstofflieferanten und -händlern über Designer, Ingenieure und Management wie Mitarbeiter der Herstellungsbetriebe, Vertrieb und Verkauf, bis zu den Konsument/inn/en und den Unternehmen der Recyclingwirtschaft. Die größten Innovationspotenziale, jenseits inkrementeller Verbesserungen, liegen in der Entwicklung integrierter Nutzungskonzepte, auch für eine kaskadenartige Nutzung, die die Eignung für Wieder- und Weiterverwendung und Verwertung von vornherein in die Produktentwicklung einbezieht (auch die Produktion von Qualitätsmüll, d.h. Abfall, der ein Recycling auf hohem Niveau ermöglicht). Solche Entwicklung bedürfen jedoch der Kooperation der unterschiedlichen Akteure als Grundlage einer ökologisch wie sozial effektiven Umsetzung der Innovationen, also neue Formen der Teilhabe, Technikfolgenabschätzung und in den Betrieben der Mitbestimmung. Beispiel-

gebend wäre es z.B., wenn eine derart umfassende, bedarfsorientierte TA den Förderprogrammen zur Technologieentwicklung des BMBF zugrunde gelegt werden würde, also eine Abschätzung, die nicht von einer Technik ausgehend Probleme sucht, auf die diese unter sonst unveränderten Bedingungen anzuwenden wäre und danach den Nutzen der entsprechenden Technologie bewertet, sondern ein Ansatz, der von den Problemen ausgeht und nach dem besten verfügbaren Instrumentenmix zu ihrer Lösung fragt. Dabei ergibt sich in der Regel eine Kombination von institutionellen, sozialen, ökonomischen und technischen Innovationen – letztere sind wichtig, aber nicht dominant.

6.3 Erweiterung

Binnenmarktperspektive und Konfliktmanagement: Da alle Strukturwandelprozesse Gewinner und Verlierer kennen, wird dies bei einer sozial-ökologischen Transformation nicht anders sein (vgl. RnE 2007). Das spricht nicht dagegen, win-win-Situationen als Einstieg gezielt zu nutzen (deren Wirksamkeit jedoch durch Reboundeffekte durchaus beschränkt ist und nicht überschätzt werden sollte), erfordert aber gleichzeitig eine strategisch Orientierung. Diese muss durch geeignete Maßnahmen die potenziellen Gewinner motivieren, den Schritt zu wagen und in Deutschland sozial-ökologisch zu wirtschaften (hier könnten zinsvergünstigte Umstellungskredite hilfreich sein), den Verlierern klar machen, dass der Wandel nicht aufzuhalten, sondern nur zu gestalten ist und ihnen Angebote für eine sozialverträgliche Gestaltung machen (einschließlich des kontinuierlichen Erwerbs von arbeitsplatzbezogenen wie arbeitsplatzübergreifenden Qualifikationen für Arbeitnehmer/innen und Management), und bei der großen Zahl der zwischen diesen Extremen liegenden Unternehmen mit Aufklärung, Werbung und ökonomischen Anreizen die Entscheidung für sozial-ökologische Innovationspfade fördern.

Soziale Gestaltung und soziale Absicherung: Ziel ist gesamtwirtschaftlich eine effiziente Bedürfnisbefriedigung, d.h. dass jede/r Bürger/in Zugang zu Gütern und Dienstleistungen in einem Umfang haben muss, der ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, also über der Armutsschwelle liegt (auch die grassierende Kinderarmut würde so überwunden). Das spricht für eine – wie auch immer gestaltete – soziale Grundsicherung für alle Bürger/innen. Eine solche Grundsicherung reduziert auch Verlustängste und das Ausmaß der subjektiven Prekarisierung, die heute bis weit in die Mittelschichten reicht.

Zur sozialen Absicherung gehört auch, dass die in der Nichterwerbsarbeit erworbenen Kompetenzen (von Sozialkompetenz und Pflegekenntnissen bis zu Management- und Führungserfahrungen) auch im Betrieb anerkannt und so die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Formen von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit verbessert wird (z.B. durch eine Testierung solcher Kenntnisse in tertiären Sektor).

Zur sozialen Gestaltung gehören Arbeitsabläufe und Arbeitszeiten – Ziel ist es in diesem Punkt, jeder/m Arbeitnehmer/in ein Erwerbsleben zu ermöglichen, das bis zum Rentenalter

dauert und dieses gesund erreicht. Das erfordert eine andere Arbeitsplatzgestaltung, ein Management von Arbeitszeitverdichtungen, das Gesundheitsschäden vermeidet (und damit den sozialen Sicherungssystemen Milliarden spart) sowie eine wachsende Flexibilität in der eigenständigen und diskriminierungsfreien Wahl der Arbeitszeit über das Arbeitsleben hinweg ermöglicht, je nach der jeweiligen Lebenssituation. Arbeitnehmer/innen können nur als „Innovationsquellen“ fungieren, wenn eine gewisse Autonomie in der Arbeit vorherrscht, aber keine (soziale) Isolation (wie oft in der Projektarbeit), wenn Kooperation und Kommunikation, Fortbildung und Partizipation gefördert werden (letzteres umfasst die Konzern- und betriebliche Mitbestimmung ebenso wie die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz). Eine solche Arbeitsplatzgestaltung erhöht zudem die Identifikation mit Produkt und Betrieb und sichert so Produktqualität und Produktivität. Heute haben nur ein Drittel der Arbeitnehmer/innen die Chance zur Qualifizierung (vorzugsweise die bereits Hochqualifizierten) und der Leistungsdruck ist bei als fragil empfundener Beschäftigungssicherheit so hoch, dass die Beschäftigten die Arbeit nicht zu ihrer eigenen Zufriedenheit erledigen können. Das Ergebnis: durchschnittlich nur 11 % der Beschäftigten (je nach Berufsgruppe 2-23 %) bewerten ihre Arbeit als gut, aber 38 % (21-56 %) als schlecht (Fuchs 2007).

Vom technische Fortschritt zum innovationsfreundlichen Sozialklima: Das Memorandum fordert „Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken“ (S. 21). Gesellschaftlicher Fortschritt ist jedoch mehr als Innovation – die Reduzierung des Fortschritts auf neue Technologien hat wesentlich dazu beigetragen, dass aus der Fortschrittseuphorie der 60er und 70er Jahre ein Fortschrittsfatalismus geworden ist (Strasser 2007). In einem Land, in dem 49 % der Bevölkerung glauben, ihren Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können und 59 % glauben sich finanziell einschränken zu müssen ist es nicht verwunderlich, dass 63 % „die gesellschaftlichen Veränderungen Angst“ machen. Ein solches Sozialklima führt weder zu einer Stärkung der konsumtiven Nachfrage noch zur Innovationsfreude. Soll Fortschritt nicht nur erduldet werden, muss er sozial gestaltet werden: erforderlich dazu ist eine konsequente und geduldige Politik gegen objektive und subjektive Prekarisierung, gegen Armut und Unsicherheit. Verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen dauert lange, der Schaden am Sozialkapital ist bereits immens. Auch aus diesem Grund ist ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Nachhaltigkeit nicht zu haben.

Nachfrage und Konsum: Nachhaltiger Konsum hat drei zentrale Voraussetzungen: die Überzeugung des/der Einzelnen (heute oft schon gegeben, kann durch Bildung und Information verbessert werden), die soziale Möglichkeit (Akzeptanz bei Familie, Freunden, Kolleg/inn/en, in der Öffentlichkeit (hier sind neue Vor- und Leitbilder von entscheidender Bedeutung) und Gelegenheit, d.h. die Verfügbarkeit sozial-ökologisch besserer Angebote. Letztere kann durch Normsetzung (z.B. Effizienzstandards, soweit möglich nationaler Top-Runner-Ansatz) befördert und durch Kennzeichnungspflichten erkennbar gemacht werden; für das zweite kann das Vorbildverhalten wichtiger Repräsentant/inn/en eine wesentliche symbolische Funktion haben.

7. Nachbemerkung

Alle hier genannten Beispiele dienen zur Illustration wie zur Provokation. Sie sollen Denkanstöße bieten und reklamieren nicht, beste oder effektivste Lösungen zu sein, oder gar ein kohärentes Programm darzustellen. Die Beispiele sind weder Bestandteil von politischen Programmen z.B. von Gewerkschaften oder Parteien, noch sind sie in der Studie Arbeit + Ökologie alle so vorgeschlagen worden. Sie wurden ausgewählt, um über die in der Diskussion schon vorhandenen, meist auf inkrementelle Verbesserungen zielenden Maßnahmen hinauszugehen und so die Gelegenheit zu bieten, weitergehende Ideen zumindest zu diskutieren.

8. Quellen und weiterführende Literatur

- Biesecker, A., Hofmeister, S. (2007). Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re-) produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. Ökom, München.
- BMU Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006). Ökologische Industriepolitik. Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung. BMU, Berlin.
- Brandl, S., Hildebrandt, E. (2002). Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Leske + Budrich, Opladen.
- BUND, Misereor (Hg.)(1996). Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Birkhäuser, Basel.
- FES Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998). Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit: Drei Ziele – ein Weg. J.H.W. Dietz Verlag, Bonn.
- Fuchs, T. (2007). Ist jede Arbeit besser als keine? Der DGB-Index Gute Arbeit. Ver.di Publik 11/2007, siehe auch www.dgb-index-gute-arbeit.de.
- HBS Hans-Böckler-Stiftung (Hg.)(2000), Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, 2. Auflage 2001. Setzkasten, Düsseldorf.
- Hellström, T. (2007). Dimensions of Environmentally Sustainable Innovation: the Structure of Eco-Innovation Concepts. Sustainable Development 15: 148-159.
- IFOK Institut für Organisationskommunikation (Hg.)(1997). Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie, Papier, Keramik. Gabler, Wiesbaden.
- IGM Industriegewerkschaft Metall (2008). IG Metall unterstützt Klima- und Energiepaket der EU. Wirtschaft aktuell 05/2008, 6. Februar 2008.
- Müller, A. (2004). Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Droemer, München.
- RnE Rat für nachhaltige Entwicklung (2007). Wirksamer durch mehr Verbindlichkeit. Eine Empfehlung zum Start der Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, 23. August 2007. RnE, Berlin.
- Spangenberg, J.H. (Hg.)(2003). Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland. Ökom Verlag, München.
- Spangenberg, J.H. (2004). Reconciling Sustainability and Growth: Criteria, Indicators, Policies. Sustainable Development 12(2): 74-86.
- Strasser, J. (2007). I. Fortschritt – eine historische Skizze. II: Die Zukunft der Arbeit – eine kulturelle Herausforderung. Perspektiven ds 24(2): 162-180.

SVI Stiftung Verbraucherinstitut (Hg.)(1995). Nachhaltiger Konsum – aber wie? SVI, Berlin.

Umweltbundesamt (1997). Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Erich Schmidt Verlag, Berlin.

9. Anhang 1: Strategiebündel einer sozial-ökologischen Reformstrategie

Strategiebündel aus ökonomischer Sicht

Strategien	Ziele	Maßnahmen
Ökologische Finanzreform	<ul style="list-style-type: none"> • signifikante Umweltentlastungen • positive Beschäftigungseffekte durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und durch Abbau stark verzerrender Steuern 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern auf Energieverbrauch, Verkehrsabgaben, Abfallabgaben, Abwasserabgaben • Senkung der Lohnnebenkosten • soziale Komponente durch Senkung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes • Subventionsumbau unter ökologischen Kriterien
Qualifizierung	<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigung sichern bzw. Beschäftigungschancen verbessern • die Bereitschaft zu umweltverträglichem Verhalten vergrößern • der Arbeitszeitverkürzung eine Fortbildungskomponente zuzuordnen 	<ul style="list-style-type: none"> • generelle Höherqualifizierung • Gestaltung der Arbeitszeitverkürzung in der Weise, dass Möglichkeiten und Anreize zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen entstehen • Anpassung von Qualifizierungsinhalten und -formen an Erfordernisse des Strukturwandels • höhere Gewichtung von Umweltschutzaspekten und deren Integration in Fachqualifikationen
Ökologisch orientierte Infrastrukturprogramme	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Voraussetzungen für ökologisch verträgliches Verhalten und Wirtschaften • Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Aufbauphase der Infrastruktur • Einbindung privater Investoren 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung der technisch-logistischen Voraussetzungen für eine Kreislaufwirtschaft auf der Ebene von Produkten und Komponenten • Verbreitung von Technologien zur effizienteren Energieerzeugung und -verwendung sowie zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien • Gestaltung umweltfreundlicher Verkehrssysteme, die Änderungen im modal-split und Verringerungen von Verkehrsleistungen ermöglichen • Förderung energie- und flächensparender Formen des Wohnens
Sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Akzeptanz der mit dem Strukturwandel verbundenen Fraktionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Um- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen • zeitlich begrenzte Hilfen zur sozialen Abfederung • Stabilisierung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme
Arbeitszeitflexibilisierung und -verkürzung	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitszeitverkürzungen sichern einer größeren Zahl von Personen Beschäftigung • Arbeitsumverteilung erleichtert Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme • Flexible Arbeitszeiten verbessern die Wettbewerbsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Arbeitszeitverkürzungen, bevorzugt durch: <ul style="list-style-type: none"> – flexiblen Übergang in den Ruhestand – Ausweitung von Teilzeitarbeit – Nutzung von Jahresarbeitszeitkonten • Flexibilisierung der Arbeitszeit in Abstimmung zwischen Beschäftigten und Unternehmen
Umweltinnovationen	<ul style="list-style-type: none"> • Effizienzgewinne durch Umweltentlastungen zu geringen Kosten • Erringung internationaler Wettbewerbsvorteile 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Umweltinnovationen durch Kombination von innovationsorientierter Umweltpolitik mit umweltorientierter Technologie- und Innovationspolitik • Unterstützung durch eine geeignete Qualifizierungsstrategie

Strategiebündel aus ökologischer Sicht

Strategien	Ziele	Maßnahmen
Steigende Einkommen bei kürzerer Arbeitszeit	Verteilungsgerechtigkeit und Vollbeschäftigung durch eine Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und Reallohnsteigerung.	<ul style="list-style-type: none"> • Orientierung der Lohnpolitik an Produktivitätsentwicklung • Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere der Wochenarbeitszeit • Flexibilisierung des Renteneinstiegs • Einführung branchenspezifischer Mischformen von Arbeit und Weiterbildung • Anerkennung gemeinwesenorientierter Tätigkeiten für die Sozial- und Rentenversicherung • Institutionalisierte Förderung sozialer Tätigkeiten
Soziale Grundsicherung	<ul style="list-style-type: none"> • verlässliche soziale Absicherung oberhalb der Armutsschwelle • Unterstützung der Nichterwerbsökonomie • Förderung der Gleichstellung der Geschlechter 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung der negativen Einkommensteuer • Förderung des Angebots von Teilzeitstellen • Frauenförderung, Anerkennung von Qualifikationen aus der Versorgungsarbeit
Bessere Dienstleistungsversorgung bei weniger Ressourcenverbrauch	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Energie- und Flächenverbrauchs sowie der Stoffströme • Stabilisierung des Verkehrsaufkommens 	Umsetzung durch ökonomische Anreize: <ul style="list-style-type: none"> • Ökosteuer, bestehend aus Materialinput- und CO₂-Steuer • Flächenverbrauchsabgabe • Investitionsprogramme, z.B. zugunsten des ÖPNV • Verkehrsabgaben
Fiskalische Anreize für den sozial-ökologischen Umbau	<ul style="list-style-type: none"> • mehr Dienstleistungen aus dem informellen Sektor • Ersetzung von Produkten durch öko-effiziente Dienstleistungen • Begünstigung sozialer Dienstleistungen • Investitionsoffensive (des Staates) • Ökosteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionsumbau • Investitionsprogramme, z.B. im Verkehrsbereich, in der biologischen Landwirtschaft, im Bereich Bildung und Forschung • Differenzierung der Mehrwertsteuer-Sätze, um soziale Dienstleistungen zu begünstigen
Innovation durch Forschung und Bildung	Stärkung der Forschung für eine ökologisch-soziale Entwicklung Bildungsziele: <ul style="list-style-type: none"> • Befähigung zu kritischem, selektivem und orientierendem Umgang mit Wissen • Erziehung zu Solidarität und Toleranz 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs- und Bildungsbereich • Verschränkung von Erwerbsarbeit und Weiterbildung • erhöhte Förderung für Wissenschaft, Forschung, Bildung, z.B. in Zukunftstechnologien
Zukunftsfähiger Konsum: Nicht Askese, sondern bewusster Genuss	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Verfügbarkeit von gekennzeichneten, ökologisch und sozial sinnvollen Produkten • Förderung des Konsums dieser Produkte durch ökonomische Anreize • Stärkung nähräumlicher Orientierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltigkeits-Kennzeichnung der angebotenen Produkte • Verbraucher- Aufklärung und -Beratung • Transport- Verteuerung und bessere lokale Dienstleistungen

Strategiebündel aus arbeitspolitisch-sozialer Sicht

Strategien	Ziele	Maßnahmen
Produkt- und Prozessinnovation durch Beteiligung	<p>Verbindung einer höheren Gestaltungsfähigkeit und Eigenverantwortung aller Bürger mit einem ökologischen Verbesserungsprozess.</p> <p>Breite Einbeziehung der Beschäftigten in die Innovationsprozesse</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der ökologischen Grundqualifikation aller Beschäftigten • Gewährleistung von Innovationszeiten • Stärkung dezentraler, kollektiver Regulierungsformen mit ökologischem Mandat
Soziale Arbeitszeitmuster	<p>Vereinbarkeit zwischen den verschiedenen Arbeiten, Familie und Freizeit als wesentliches Element von Lebensqualität verbessern</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit Beschäftigungsklausel • Gewährleistung individueller Zeitoptionen • Begrenzung der betrieblichen Flexibilisierung von Arbeitszeiten • Begrenzung der Intensivierung der Arbeit
Absicherung optionaler Mischarbeit	<p>Jeden Einzelnen befähigen, sich durch eigene Arbeit zu versorgen, dabei unabhängiger vom Arbeitsmarkt zu werden und stärker individuellen Präferenzen und Lernprozessen zu folgen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der individuellen Wahlmöglichkeiten • Weiterbildung • Bereitstellung von Übergangshilfen • Aufwertung von Nichterwerbstätigkeiten • Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an veränderte Erwerbs-Biographien
Geschlechterdemokratische Zugangschancen	<p>Ermöglichung der prinzipiellen Gleichberechtigung aller sozialen Gruppen sowie die Stärkung der häuslichen Prinzipien in allen Arbeitsformen; Umverteilung von Erwerbsarbeit, die zu einer gerechteren Arbeitsteilung sowohl der Erwerbs- wie auch der Reproduktionsarbeit führt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • betriebliche Anerkennung von Versorgungstätigkeiten • Abstimmung flexibler Erwerbsarbeitszeiten mit Reproduktionszeiten für beide Geschlechter • Ausweitung des Angebots für Betreuung und Pflege • Entkoppelung von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit
Umweltverträgliche Versorgung	<p>Die Zusammensetzung des Warenkorbs so verändern, dass dessen Umweltverträglichkeit massiv erhöht wird, ohne die Lebensqualität zu beeinträchtigen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Herstellung umwelteffizienter Produkte und Dienstleistungen der Grundversorgung • Versorgung wohnungsnah und verkehrsgünstig organisieren • Angebot ökologischer Grundversorgung auch zu niedrigen Preisen
Stärkung gemeinschaftlicher Selbsthilfe für sozial-ökologischen Wohlstand	<p>Aktivierung der Fähigkeiten zur Selbsthilfe durch Nichterwerbsarbeit und eine größere Unabhängigkeit von Erwerbseinkommen und Transferzahlungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • optionale Arbeitszeitgestaltung • Zugang zu entsprechendem Qualifikationen • Verfügbarkeit einer unterstützenden Infrastruktur für Selbsthilfeinitiativen und öffentliche Eigenarbeit • Aufwertung informeller Arbeiten durch Einbeziehung in Sozialversicherung

10. Anhang 2: Ökologische Industriepolitik als Nachhaltigkeitspolitik. Vergleich mit der Nachhaltigkeitsdefinition der Brundtlandkommission

Nach der Definition der Brundtland-Kommission (WCED World Commission on Environment and Development 1987) ist

“Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. It contains within it two key concepts:

- 1. The concept of “needs”, in particular the essential needs of the world’s poor, to which overriding priority should be given, and*
- 2. The idea of limitations imposed by the state of technology and social organisation on the environment’s ability to meet present and future needs.”*

Bedürfnisorientierung und Anerkennung von Grenzen bezeichnet die Brundtlandkommission also als die zwei Schlüsselkonzepte, auf denen nachhaltige Entwicklung aufbaut.

Die ökologische Industriepolitik thematisiert Bedürfnisse nur insofern, als diese entweder zu wachsendem Rohstoffkonsum (und damit Nachfrage nach Effizienztechnologien) weltweit führen oder sich als geschärfte Umweltsensibilität und damit Nachfrage nach integrierter und nachsorgender Umwelttechnik ausdrücken. In beiden Fällen handelt es sich in der Regel nicht um die Bedürfnisse der Ärmsten weltweit.

Die Armen Deutschlands und der EU spielen in der ökologischen Industriepolitik schon insofern keine Rolle, als die Fokussierung auf die Angebotsseite und die fehlende Differenzierung unterhalb der Unternehmensebene sie wie alle anderen Bevölkerungsgruppen) weder als Konsument/inn/en noch als Arbeitnehmer/inn/en ins Bild kommen lässt. Die Vagheit der Hinweise auf gesellschaftliche Konsensfindung verhindert zudem eine Wahrnehmung spezifischer Bevölkerungsgruppen in ihrer Rolle als Bürger/innen.

Grenzen (der Ressourcenverfügbarkeit wie der Absorptionsfähigkeit der Umwelt) spielen im Memorandum eine signifikante Rolle, allerdings nicht als Sachverhalte, die man anerkennen müsse, sondern als Bedrohungen, die mittels der ökologischen Industriepolitik zu überwinden seien. Durch Effizienztechnologien und biogene Substitute könnten demnach Ressourcenknappheiten überwunden und durch integrierte wie nachsorgende Umwelttechnik Überlastungen verhindert, reduziert und saniert werden – Grenzen spielen dabei keine Rolle mehr.

Fazit: Auch wenn sich das BMU gelegentlich auf die Brundtlandkommission bezieht kann das Konzept der ökologischen Industriepolitik, so wie im Memorandum vorgestellt, noch nicht für sich beanspruchen, eine Nachhaltigkeitspolitik zu sein: es beinhaltet keine der zwei von der WCED als Schlüsselkonzepte bezeichneten Ansätze.

Statt „nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums“ als Folge einer „dritten industriellen Revolution“ zu fordern müssten Ziele zur Senkung von Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen definiert werden, die den Rahmen zukünftigen Wirtschaftswachstums darstellen (Spangenberg 2007). Solche Grenzen stellen z.B. die europäischen Klimaziele dar, so z.B. der Beschluss der EU Kommission vom 23.1.2008, die EU CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 % zu reduzieren.

Gleichzeitig müsste verdeutlicht werden wie erreicht werden soll, dass die Früchte des Wachstums nicht nur (wie 2005-2007) einer bereits privilegierten Minderheit zu Gute kommen, sondern dazu genutzt werden, die Lage der von Armut und Ausgrenzung, Langzeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit Bedrohten oder bereits Erfassten zu verbessern. Das BMU hat versucht, eine solche Sozialkomponente zu entwickeln, z.B. mit der Forderung nach „Sozialstrom“ für Geringverdiener/innen. Im Sinne der beiden von der Brundtland-Kommission formulierten Ziele wäre es jedoch eher gewesen, Freibeträge (kostenlose Sicherung des Grundbedarfs) mit progressiven Tarifen zu verbinden, um gleichzeitig Anreize für Verschwendungsvermeidung durch Besserverdienende zu setzen.